



„Die Politik muss die Recyclingwirtschaft stärken.“

An Nachhaltigkeit ist ohne Kreislaufwirtschaft nicht zu denken. Der Entsorgungsbranche kommt deshalb eine Schlüsselrolle bei der zukunftsfähigen Umgestaltung unserer Ökonomie zu. Grund genug, genauer hinzusehen: Willi Rugen sprach mit Peter Kurth, dem geschäftsführenden Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. (BDE).

bdvb aktuell: Herr Kurth, Herr Rugen, wir befinden uns zwischen dem Landwehrkanal, aus dem Freiwillige in den Hitzesommern der letzten Jahre Wasser für Böschungsbäume schöpfen, und dem Tiergarten, der grünen Lunge Berlins, der mit dem Klimawandel kämpft. Wir müssen über Nachhaltigkeit sprechen, oder?

Willi Rugen: Dieses Thema muss Ökonomen sehr wichtig sein. Ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen ist unverzichtbar, damit wir nicht den Ast absägen, auf dem wir sitzen. Um dieses Bewusstsein zu schärfen, hat sich der bdvb für dieses Jahr das

Thema Nachhaltigkeit auf die Fahnen geschrieben. Und deshalb sind wir heute hier beim BDE, denn der Verband repräsentiert eine Schlüsselindustrie, wenn es darum geht, unser Leben nachhaltig und klimaneutral zu gestalten. Schließlich kann man aus Abfall Wärme und Energie produzieren. Man kann ihn recyceln und neue Rohstoffe gewinnen. Aber dazu kann Herr Kurth sicher mehr beitragen – ich könnte mir vorstellen, dass diese Themen in der Verbandsarbeit des BDE allgegenwärtig sind.

Peter Kurth: Ja, das Thema Nachhaltigkeit beschäftigt uns jeden Tag. Die Weiter-

entwicklung der linearen Wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft ist einer der größten Hebel, die wir haben. Die Produktion eines Gegenstandes aus recyceltem Aluminium beispielsweise verbraucht nur vier Prozent der Energie, die man benötigt, um den gleichen Gegenstand aus dem Primärmaterial Bauxit herzustellen. Recycling von Aluminium spart 96 Prozent der Energie! Hinzu kommt: Der Anteil von Rezyklaten am Rohstoffverbrauch, die so genannte Substitutionsquote, liegt bei knapp 13 Prozent. Wenn wir diesen Wert verdoppeln, sparen wir mit Kreislaufwirtschaft mehr CO₂ als mit Windenergie. Und wenn

es gelingt, diese Quote weltweit zu verdoppeln, wären die Ziele des Pariser Klimaabkommens bereits erreicht.

Willi Rugen: Das ist eine interessante Rechnung. Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob diese Botschaft in der Öffentlichkeit ankommt. Oder ob die Politik sich des immensen Potenzials bewusst ist. Mein Eindruck ist, dass ein veraltetes Bild vom Entsorger vorherrscht. Mit Hochtechnologie und Rohstoffmanagement wird das Geschäft nicht verbunden – aber vielleicht irre ich mich auch ...

Peter Kurth: Die Politik nimmt uns tatsächlich noch nicht als die Rohstoffindustrie von morgen wahr. Entsorgung – das klingt eher nach kommunaler Daseinsvorsorge und regelmäßiger Leerung der Mülltonne. Leider haben wir es deshalb mit einem massiven Politikversagen zu tun.

Was meinen Sie damit?

Peter Kurth: Betrachten wir einmal das Recycling von Kunststoffmaterialien. Es ist eine technische Herausforderung, weil wir es meist mit Mischmaterialien zu tun haben. Es ist gleichzeitig aber auch eine wirtschaftliche Herausforderung, denn Rezyklat konkurriert mit dem Primärrohstoff Öl. Öl wird noch lange günstig bleiben. Die Politik muss sich etwas einfallen lassen, um die Recyclingbranche dabei zu unterstützen, ihre Produkte abzusetzen – im Interesse der Allgemeinheit.

Willi Rugen: Aus marktwirtschaftlicher Sicht wäre ideal, wenn sich dies über den Preis selbst reguliert. Doch natürlich gibt es immer wieder Situationen, in denen der Staat lenkend eingreifen muss, um die Entwicklung in eine gesellschaftlich gewünschte Richtung zu dirigieren. Deshalb war ja gerade die kommunale Daseinsvorsorge viele Jahre lang vor Privatisierung geschützt – und damit die Entsorgungswirtschaft.

Peter Kurth: Ja, die Umweltwirtschaft konnte noch nie alleine auf den Markt setzen. Früher beispielsweise wurde viel deponiert. Dann hat der Staat, haben wir als Gesellschaft entschieden, dass wir keine Siedlungsabfälle mehr deponieren wollen, weil Deponien Grundstücke falsch nutzen, Methangas emittieren und der Kreislaufwirtschaft Rohstoffe entziehen. Mit diesem Beschluss hatte die Wirt-

schaft Planungssicherheit, um in Recycling und thermische Behandlung zu investieren. Mit dem Ergebnis, dass viele Rohstoffe heute wiederverwendet werden und 70 Millionen Tonnen Kohlendioxid- und Methanemissionen, die beim Deponieren anfielen, gespart wurden. Heute brauchen wir einen ähnlichen Eingriff des Staates, um Recycling wirtschaftlicher zu machen.

Willi Rugen: Wenn wir über Klimaschutz und Nachhaltigkeit sprechen, gibt es mit der inzwischen beschlossenen CO₂-Bepreisung ja ein prominentes Beispiel für ein solches Eingreifen. Wie beurteilt denn der BDE die CO₂-Bepreisung? Schließlich müsste sie sich doch positiv auf die Wirt-

schaftlichkeit von Recycling auswirken, weil weniger Öl verbraucht wird.

Peter Kurth: Aus diesem Grund sind wir für eine Weiterentwicklung des Kohlendioxid-Steuerungssystems. Aber wir müssen darauf achten, dass der CO₂-Preis fair bleibt. Bildet er die massiven externen Kosten ab? Etwa Umweltschäden durch den Bauxit-Abbau? Die Transportkosten? Das muss man gut durchdenken.

Herr Rugen, wie würden Sie das einschätzen?

Willi Rugen: Aufgrund der internationalen Lieferketten und mangelnder Transparenz halte ich es für schwer, die CO₂-Preise entsprechend zu gestalten. Nehmen wir



nur das Bauxit, das Herr Kurth angesprochen hat. Es wurde zwar in Südfrankreich entdeckt, aber die bedeutenden Förderländer sind Australien, China, Brasilien und Indien. Es ist unwahrscheinlich, dass die Abbaukosten bereits eingepreist sind. Oder die Transportkosten. Aber es gibt ja weitere Steuerungsinstrumente, ich denke da beispielsweise an Green Public Procurement.

Peter Kurth: Green Public Procurement hat riesiges Potenzial. Die öffentliche Hand ist der größte Abnehmer und kauft allein in Deutschland für rund 400 Milliarden Euro im Jahr Güter und Dienstleistungen ein. Seit 2014 muss sie dabei Umweltaspekte berücksichtigen. Würde sie sagen: Wir nehmen nur noch Produkte ab, die zu einem gewissen Prozentsatz mit Rezyklat hergestellt wurden, hätte das Signalwirkung. Aber leider ist Green Public Procurement zwar Gesetz, wird aber nicht gelebt.

Welche weiteren Instrumente gäbe es?

Peter Kurth: Aus unserer Sicht sind Ökodesign und Mindesteinsatzquoten sinnvoll.

Ökodesign bedeutet, Produkte so herzustellen, dass sie kreislauffähig sind – etwa durch den Verzicht auf verklebte Batterien oder Gehäuse. Die Richtlinie müsste für alle Hersteller in Europa bindend sein, sonst ergäbe sie im Binnenmarkt keinen Sinn. Die Mindesteinsatzquote würde Kunststoffhersteller verpflichten, bei der Produktion einen Mindestanteil an Rezyklaten einzusetzen. So würden wir die Konkurrenzfähigkeit von Rezyklaten stärken. Der größte Anteil der Kunststoffe wird immer noch verbrannt. Das ist nicht klug.

Willi Rugen: Eine Mindesteinsatzquote wäre definitiv zu begrüßen. Natürlich kann man – Stichwort „Waste to Energy“ – mit der thermischen Verwertung von Kunststoffen Energie erzeugen. Doch der

Preis dafür ist hoch, denn die Verbrennung setzt ja wiederum CO2 frei.

Peter Kurth: Ja, die Zahlen sind eindeutig. Waste to Energy verursacht hierzulande 25 Millionen Tonnen CO2 im Jahr. Das ist ein Sechstel der CO2-Menge, die wir am Ende nur noch emittieren dürfen. In der Abfallhierarchie der EU rangiert thermische Verwertung nicht ohne Grund unterhalb der stofflichen.

Willi Rugen: Auch im Hinblick auf die Standortsicherung wäre eine Mindesteinsatzquote gut: Rohstoffe sind weltweit gefragt und die Preise werden insbesondere bei schwer zugänglichen oder seltenen Rohstoffen steigen. Gerade in den Industriestaaten ist der Bedarf immens.

Peter Kurth: Und die Konkurrenz nimmt zu: Die Schwellenländer holen auf. In Europa verbraucht ein Bürger im Durchschnitt 20 Tonnen Rohstoff im Jahr. In China sind es elf, in Indien vier und Afrika 0,9 Tonnen. Dabei wird es nicht bleiben. Wir müssen Rohstoffe, die bereits im Land sind, im Land halten.

Ein anderes großes Thema ist derzeit die Elektromobilität ...



Willi Rugen: Ja, dieser Trend wird politisch forciert. Es gibt Kaufprämien, eine Ladeinfrastruktur soll aufgebaut werden, es sollen Batteriefabriken entstehen. Nun sollte man solche Entwicklungen allerdings möglichst vom Ende her durchdenken, bevor man sie in Gang setzt. Sonst bleibt die Nachhaltigkeit in der Gesamtbilanz auf der Strecke. Was passiert bei-

spielsweise, wenn Batterien verbraucht sind? Gibt es eine Zweitverwertung, Herr Kurth?

Peter Kurth: Elektronikschrott ist immer eine Herausforderung aus vielen Gründen. Wir brauchen ein nicht haushaltsnahes Sammelsystem, weil die Mengen je Haushalt zu gering sind. Dann müssen Metalle sauber von Kunststoffen getrennt werden. Und schließlich benötigen wir eine Aufbereitung der Batterie zur Wiederverwertung. Das alles ist komplizierter als bei Papier, Glas oder Kunststoff, und damit teurer. Deshalb sind Instrumente nötig, wie man das hinbekommt. Wir haben in Deutschland beispielsweise über einen Batteriepfand diskutiert, aber dieser hat sich leider nicht durchgesetzt.

Willi Rugen: Ihre Branche ist ja bis heute mittelständisch und unternehmerisch geprägt. Aber natürlich verändert sie sich. Sie hat durch Private Equity und durch das Auftreten internationaler Konzerne beispielsweise aus Frankreich und China Veränderungen erfahren. Wird sie mittelständisch bleiben?

Peter Kurth: Die Entsorgungswirtschaft hat sich seit ihrer Gründung vor 60 Jahren permanent verändert. 1960 bestand das Geschäft darin, dass jemand die „Ascheimer“ abgeholt und zu einer Deponie gebracht hat. Heute wollen wichtige industrielle Player einsteigen, BASF beispielsweise ins Batterierecycling. Eines unserer Mitglieder ist die K+S AG, früher Kali und Salz. Ein anderes Mitglied ist Aurubis, der größte Kupferproduzent und Kupferrecycler Europas. Und natür-

lich reden wir mit den großen Chemiekonzernen, die sich zunehmend als nachhaltig identifizieren. Unsere Branche entwickelt sich dynamisch weiter und wird internationaler.

Willi Rugen: Aus Sicht des Ökonomen ist es in einem marktwirtschaftlichen System sinnvoll, privaten Unternehmen mög-



licht viele Aufgaben zu überlassen. Wir beobachten allerdings eine gewisse Rückwärtsentwicklung. Der Energieversorger EnBW aus Baden-Württemberg war bereits privatisiert und wurde vom Land zurückgekauft. Die STEAG ist heute in kommunaler Hand. Und die Risiken von Kernkraft- oder Kohleausstieg sind vom privaten Bereich zurück auf die Steuerzahler übergegangen. Im Entsorgungsbereich gibt es vergleichbare Tendenzen.

Peter Kurth: Das betrachten wir mit Sorge, denn hier entstehen Wettbewerbsverzerrungen. Deshalb haben wir gemeinsam mit anderen Verbänden ein Bündnis für Wettbewerb gegründet. Natürlich muss man das Gesamtbild sehen: Entsorgung hat mit Stadtsauberkeit angefangen. Aber wir sind sehr dafür, die Zuständigkeiten der Kommune auf Restmüll und Straßenreinigung zu beschränken. Getrenntsammlung stellt eben die erste Stufe einer Rohstoffindustrie dar: Glas, Papier oder organische Abfälle sind das erste Glied einer Verarbeitungskette. Leider herrscht in der Politik gegenwärtig die Ansicht, dass kommunale Unternehmen automatisch

gemeinwohlorientiert handeln und private Unternehmen nur dem Geld hinterherlaufen, das ist ein Problem.

Willi Rugen: Das sehe ich ähnlich kritisch. Zumal die Privatwirtschaft mit ihrer Technologie besser expandieren kann – etwa in andere Märkte wie China. Welche Trends gibt es diesbezüglich?

Peter Kurth: Das Wachstumspotenzial für unsere Branche liegt vor allem im Ausland. China hat großes Interesse an Know-how und Technologie aus Deutschland. Chinesische Staatsunternehmen haben den größten Müllverbrenner Europas gekauft, ein deutsches Unternehmen. Sie haben den größten Schrottreycler Deutschlands gekauft. Sie halten 60 Prozent am größten deutschen Entsorger. Aus gutem Grund: Wir sind als Recycling- und Entsorgungsstandort Weltspitze. Aber das ist keine Raketenwissenschaft. Die Chinesen werden nicht lange von uns abhängig sein. Ich verfolge mit Interesse, mit welcher Entschlossenheit diese Volkswirtschaft ihre Nachhaltigkeitsziele verfolgt. In den Straßen von Schanghai finden Sie bereits

getrennte Abfallerimer für recycelbare und nicht recycelbare Materialien.

Eine abschließende Frage: Das Image der Entsorgungsbranche als Arbeitgeber für junge Nachwuchskräfte hat sich in den zurückliegenden Jahren spürbar verbessert. Bemerken Sie ein größeres Interesse junger Ökonomen und Ingenieure an Ihrer Industrie?

Peter Kurth: Ja, definitiv. In den letzten beiden Jahren sind die Beschäftigungszahlen stark gewachsen. In unseren Unternehmen arbeiten mittlerweile 320.000 Menschen. Es gibt interessante Startups ebenso wie etablierte Unternehmen, alle miteinander sind hochinteressante Arbeitgeber.

Herr Kurth, Herr Rugen, vielen Dank für dieses Gespräch! «